Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet 1877 — „Aus den Tannen" — Fernsprecher Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Wöchentlich 50 Goldpfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung. | Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 19 Goldpfennig, die Reklamezeile 35 Goldpfg. Zahlbar innerhalb 8 Tagen. — Für telefonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 2. | Altensteig, Donnerstag den 3 Januar. | Jahrgang 1924

Politische Jahresaussichten.

Das siebente „Friedens"jahr hat begonnen und was alles in Reden und Betrachtungen zum neuen Jahr in Erscheinung trat, war Rückschau, Klage und Kritik. Die diplomatischen Empfänge, die, wie alle Jahre so auch heuer, am 1. Januar in den Hauptstädten der Staaten Europas vor sich gingen, brachten nur Höflichkeitsphrasen. In Berlin hat als Führer des diplomatischen Korps Nuntius Pacelli mit menschenfreundlichen Worten auf die unglücklichen Kreise des deutschen Volkes, die werktätigen Stände, die Geistesarbeiter, den Mittelstand, auf Kranke, Greise, Frauen und Kinder, denen das Allernötigste zum Leben fehlt, hingewiesen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß alle Nationen sich jener gesunden und ruhigen Wohlfahrt erfreuen mögen, die auf Gerechtigkeit, auf friedlicher Arbeit und brüderlicher Liebe beruht.

Reichspräsident Ebert unterstrich — obwohl es angesichts der Ereignisse von 1923 wie Hohn klingt — das Gefühl der Gerechtigkeit gegenüber anderen Nationen als stärkste Gewähr für den Fortschritt und das gedeihliche Zusammenarbeiten der Völker.

In Paris hat Präsident Millerand das Herannahen der endgültigen Gesundung und des endgültigen Friedens begrüßt. Frankreich wünsche von ganzer Seele Frieden und Entspannung. Diese Worte zeigen deutlich im Gegensatz zu den Taten der französischen Politik — man denke nur an die französischen Gerichtsurteile gegen Deutsche noch kurz vor Jahresschluß —, daß es sich um Schaumschlägerei handelt. Auch in Brüssel wurde nicht anders verfahren.

Es ereignen sich aber immer noch witzige und symbolische Dinge. Zum Neujahr hatte Poincare die Absicht, funkentelegraphisch eine Ansprache an das englische Volk zu richten und so die neueste Errungenschaft der Technik politisch zu benützen. Aus Paris wurde nun am Silvestertag gemeldet, daß dieser geplante Rundspruch aus unbekannten Gründen entfalle. Offenbar hat man von England aus abgewinkt. Die Nummer ist besetzt, man will sich nicht sprechen lassen. Da in England die Organisation der drahtlosen Hörapparate in Privatwohnungen schon viel weiter vorgeschritten ist als bei uns, hätte Herr Poincare ein recht großes Publikum gehabt; es ist nicht unbegreiflich, daß man sich offenbar von Regierungsseite aus diese außenpolitische Demagogie des Ministerpräsidenten eines anderen Staates verbeten hatte. Dies umsomehr, als ein gleichzeitiger englischer Schritt in Bukarest, Belgrad und Warschau bevorsteht, wenn er nicht schon stattgefunden hat. Curzon soll mit diesem Schritt einen Protest gegen die Rüstungen einlegen, die Polen, Südslawien und Rumänien aus den französischen Anleihen bestreiten. Da infolge des französisch-tschechischen Bündnisses in London erhebliche Nervosität herrscht — das Bündnis soll seit Tagen das Hauptgespräch der Londoner diplomatischen Kreise sein —, so ist der englische Schritt in den erwähnten drei Hauptstädten offenbar eine Folge der französischen Annäherung an die Kleine Entente.

In England aber hat sich die ganze Neujahrsbetrachtung der Presse und Oeffentlichkeit auf den in den nächsten Tagen stattfindenden Zusammentritt des Parlaments und die Möglichkeit der Bildung einer Arbeiterregierung konzentriert. Man sieht dort ganz allgemein dem neuen Jahre eher mit Hoffnungen als mit Befürchtungen entgegen.

Die deutsche Politik aber im kommenden Jahr wird im Innern auf die kommenden Wahlen eingestellt sein. So schreibt denn die „Frankf. Zeitung": „Während im Konflikt mit Frankreich eine Art Windstille eingetreten ist, von der niemand wissen kann, ob darauf neuer Sturm oder die bleibende Beruhigung der Atmosphäre folgen wird, haben wir im Innern außer in Leitartikeln überhaupt kein politisches Leben mehr. Die gelegentlichen Putsche sind als Erscheinungen interessant, es beteiligen sich daran aber nur kleinere Kreise. Der normale Staatsbürger, der immer noch der Typus des Deutschen ist, hat eher zu wenig als zu viel Putschistenblut in sich. Im übrigen leben wir unter dem aufgeklärten Despotismus des Ermächtigungsgesetzes. Man hat dem Reichstag eine Dosis Veronal verschrieben, um ihn in Schlaf zu senken, und er hat sie, wenn auch mit Sträuben, eingenommen. Somit haben die Regierenden, die sich über Behinderung durch das Parlament beklagen, Zeit erhalten, zu zeigen, was sie ohne diese Fessel fertig bringen. Aber zur vorgeschriebenen Stunde, am 15. Februar 1924, wird der erlauchte Schläfer erwachen und sich erkundigen, was die Glocke geschlagen hat. Dann haben wir, da die Gegensätze doch nur vertagt und nicht etwa behoben sind, wieder den Zustand täglichen Schwankens der Regierungsgrundlage. Als dauernde Einrichtung ist das Ermächtigungsgesetz nicht möglich, darin müssen wir den Deutschnationalen Recht geben, die als getreue Eckarte der Verfassung dagegen gestimmt haben. Eine Volksvertretung kann nicht für lange Zeit ihre Weiterexistenz der Welt nur durch die Entgegennahme der Diäten nachweisen. Da es nun schwerlich gelingen wird, in diesem jetzigen Reichstage nochmals eine wirklich haltbare Mehrheit zusammenzubringen oder ihn aufs neue zum Verzicht auf seine Rechte zu bewegen, so wird seine Lebensdauer, die nach der Verfassung jedenfalls in der ersten Hälfte des Jahres 1924 zu Ende geht, vielleicht schon einige Monate vorher abgeschnitten. Katastrophale Verhältnisse können den ordentlichen Ablauf der Entwicklung stören, sonst ist mit Neuwahlen binnen kurzer Frist zu rechnen. Man redet davon noch nicht viel, weil den Parteien bei dem bloßen Gedanken graut. Außer den Parteien sind aber auch die Wähler da, und diese könnten immerhin anfangen, sich die Sache zu überlegen."

In der deutschen Außenpolitik ist die in den nächsten Tagen zu erwartende Antwort Frankreichs auf das deutsche Ersuchen um direkte Verhandlungen abzuwarten. Sie wird nach französischen Blättermeldungen vorwiegend ablehnender Natur sein. Dann steht die Entscheidung in der Frage eines deutschen Lebensmittelkredites durch die Reparationskommission bevor. Endlich treten auch die Sachverständigenausschüsse der „Reko" zusammen, um die deutsche Leistungsfähigkeit zu prüfen. Die Dinge sind also im Fluß. Die Politik des neuen Jahres wird reich an Ueberraschungen werden, das deutet sich heute schon an.

Die Arbeitszeitverordnung.

Die Reichsregierung hat auf Grund des Ermächtigungsgesetzes eine neue Verordnung über die Arbeitszeit erlassen. Die Verordnung regelt in 15 Paragraphen die Verhältnisse der Arbeitszeit. Die Verordnung geht davon aus, daß zunächst die alten Demobilmachungsverordnungen für Arbeiter und Angestellte, die den Achtstundentag verkündeten, aufrecht erhalten bzw. verlängert werden. Diese Demobilmachungsverordnungen, die bereits abgelaufen waren, haben also von neuem Gesetzeskraft erhalten bis zu einer „späteren endgültigen Regelung". Es muß also gleich zu Eingang hervorgehoben werden, daß die vorliegende Arbeitszeitverordnung von der Reichsregierung nur als ein gewisser Uebergang gedacht ist. Man wird also erwarten dürfen, daß zu dem Zeitpunkt, da die wirtschaftlichen Verhältnisse einen klaren Ueberblick gestatten, eine neue Verordnung über die Arbeitszeit und damit die endgültige Regelung herauskommt. — Wenn die Verordnung in ihrem Par. 1 an die alten Demobilmachungsbestimmungen anknüpft, so ist jedoch damit keineswegs gedacht, daß der Achtstundentag in der alten Weise aufrecht erhalten bleibt. Hier liegt nämlich ein gewisser Widerspruch der Verordnung, indem zu Eingang anscheinend der Achtstundentag eine gesetzliche Verlängerung findet, in den nachfolgenden Paragraphen aber durch zahlreiche „Aenderungen und Ergänzungen" zu den alten Demobilmachungsverordnungen praktisch so gut wie aufgehoben wird. Gleich zu Eingang im Par. 1 wird eine wesentliche Aenderung dadurch geschaffen, daß Minderarbeit an einzelnen Tagen durch Mehrarbeit an anderen Tagen ausgeglichen werden kann, so daß ein Werk, das in der einen Woche die Belegschaft nur in Kurzarbeit zu beschäftigen vermag, in der nächsten Woche als Ausgleich die Arbeitszeit wesentlich stärker verlängern kann, falls inzwischen genügend Aufträge eingegangen sind. Weiterhin fällt die Arbeitsbereitschaft aus dem Rahmen des Achtstundentages, da im Par. 2 der Verordnung durch den Reichsarbeitsminister bzw. durch Tarifvertrag bestimmt werden kann, daß wegen der Arbeitsbereitschaft die Gesamtarbeitszeit die Dauer von 8 Stunden überschreitet. Hiermit sind die Abweichungen von dem Achtstundentag noch keineswegs erschöpft. Vielmehr hat der Arbeitgeber nach Par. 3 der Verordnung das Recht, an 30 seiner Wahl überlassenen Tagen bis zu 10 Stunden arbeiten zu lassen. Weiterhin können Abweichungen vom Achtstundentag durch Tarifvertrag vereinbart werden. Auch darf die Arbeitszeit täglich um zwei Stunden überschritten werden zur Beaufsichtigung der Betriebsanlagen, zur Reinigung und Instandhaltung und einigen weiteren Fällen, die genau bezeichnet sind. Desgleichen kann, falls kein Tarifvertrag zustande kommt, auf Antrag des Unternehmers der zuständige Gewerbeaufsichtsbeamte oder Bergaufsichtsbeamte eine Verlängerung der Arbeitszeit nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung anordnen. Durch diese und noch weitere Bestimmungen dürfte der Achtstundentag praktisch so gut wie aufgehoben sein, worüber auch die in Par. 11 der Verordnung niedergelegten Strafbestimmungen nicht hinwegzutäuschen vermögen.

Die Beamtenabbauverordnung.

Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes hat das württ. Staatsministerium eine Verordnung über die Verringerung der Personalausgaben des Staats und der öffentlichen Körperschaften ergehen lassen. Durch Aenderungen des Beamtengesetzes wird in der Verordnung u. a. bestimmt: Jeder Beamte ist verpflichtet, Nebenämter oder Nebenbeschäftigungen im öffentlichen Dienst auch ohne besondere Belohnung anzunehmen, sofern die auszuübende Tätigkeit seiner Vor- oder Berufsbildung entspricht. Im Falle der Verehelichung weiblicher Beamter bleibt deren Anstellung dauernd eine kündbare, und sie verwandelt sich wieder in eine solche, wenn bereits eine Anstellung auf Lebenszeit eingetreten war. Das Dienstverhältnis kann jederzeit am ersten Werktag eines Monats zum Monatsende gekündigt werden. Nach Lösung der Ehe können weibliche Beamte auf Lebenszeit angestellt oder wieder eingestellt werden.

Ueber die Höhe des Wartegeldes wird bestimmt: Das Wartegeld beträgt 80 Prozent des der Berechnung des Ruhegehalts zugrunde zu legenden Diensteinkommens. Hat der Beamte zur Zeit seiner zeitlichen Versetzung in den Ruhestand eine ruhegehaltsberechtigte Dienstzeit von 25 Jahren noch nicht zurückgelegt, so wird das Wartegeld für jedes volle oder angefangene Jahr, das dem Beamten an der Dienstzeit von 25 Jahren fehlt, um je 2 Prozent des ruhegehaltsberechtigten Diensteinkommens geringer bemessen. Das Wartegeld beträgt jedoch wenigstens 40 Prozent dieses Diensteinkommens.

Ueber die Versetzung der Beamten wird bestimmt: Die auf Lebenszeit angestellten Beamten müssen sich die Versetzung auf ein anderes Amt derselben oder einer gleichwertigen Laufbahn, auch auf ein solches von geringerem Rang und planmäßigem Diensteinkommen mit Vergütung der vorschriftsmäßigen Umzugskosten gefallen lassen, wenn es das dienstliche Bedürfnis erfordert. Bei Versetzung behält der Beamte seine bisherige Amtsbezeichnung und das Diensteinkommen der bisherigen Stelle.

Kraft Gesetzes treten die Beamten, mit Ausnahme der Minister und Hochschulprofessoren, mit Ablauf des Monats, der auf den Monat folgt, in dem sie das 67. Lebensjahr vollendet haben, mit Anspruch auf Ruhegehalt in den bleibenden Ruhestand. Beamte, die das 58. Lebensjahr vollendet und eine ruhegehaltsberechtigte Dienstzeit von wenigstens 10 Jahren zurückgelegt haben, können auf ihren Antrag mit Zustimmung des vorgesetzten Ministeriums ohne Nachweis der Dienstunfähigkeit unter Bewilligung des gesetzlichen Ruhegehalts in den Ruhestand versetzt werden, sofern ihr Ausscheiden im Interesse des Abbaus des Beamtenkörpers ihrer Verwaltung liegt. Jeder auf Lebenszeit angestellte Beamte, mit Ausnahme der Richter, kann unter Bewilligung des gesetzlichen Wartegelds zeitlich in den Ruhestand versetzt werden. Die unter dem Vorbehalt der Kündigung angestellten Beamten können entlassen werden. Soweit sie eine längere als 10jährige ruhegehaltsberechtigte Dienstzeit zurückgelegt haben, können sie zeitlich in den Ruhestand versetzt werden.

Bei der Auswahl der in den zeitlichen Ruhestand zu versetzenden Beamten ist in erster Linie der Wert ihrer dienstlichen Leistungen zu berücksichtigen. Daneben kommen für die Auswahl auch die wirtschaftlichen und die Familienverhältnisse in Betracht. Die über 60 Jahre alten, sodann ledigen Beamte sollen vor verheirateten, verwitweten und geschiedenen Beamten mit unterhaltsberechtigten Kindern ausgewählt werden. Die Auswahl darf durch ihre politische, konfessionelle oder gewerkschaftliche Betätigung und durch ihre Angehörigkeit oder

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Nichtzugehörigkeit zu einer politischen Partei und zu einem Verein nicht beeinflußt werden. Vor der Versetzung in den zeitlichen Ruhestand ist den Beamten Gelegenheit zur Aeußerung zu geben, in besonderen Fällen auch der Beamtenbeirat zu hören. Besondere Bestimmungen beziehen sich sodann auf die Zusicherung eines Ruhegehalts an ausscheidende, lebenslänglich angestellte Beamte und über die Gewährung von Abfindungssummen an ausscheidende Beamte. Durch einen besonderen Abschnitt wird die Einstellungssperre geregelt. Ferner die Kürzung der Versorgungsbezüge bei Privateinkommen.

Ueber die Entlassung von Angestellten wird bestimmt: Angestellte sind zu entlassen, sofern nicht zwingende dienstliche Rücksichten der Entlassung entgegenstehen.

Entsprechende Bestimmungen, wie für die Staatsbeamten, werden auch für die Gemeinden und öffentlichen Körperschaften erlassen. Die öffentlichen Körperschaften sind verpflichtet, die Vorschriften über den Personalabbau fristzeitig durchzuführen.

In den Schlußbestimmungen wird bestimmt, daß von der Gesamtzahl der am 1. Oktober 1923 im Dienst befindlichen planmäßigen und außerplanmäßigen Beamten des Staates bis zum 1. April 1924 mindestens 15 Prozent auszuscheiden haben. Den Zeitpunkt, bis zu dem ein weiterer Abbau zu erfolgen hat, bestimmt das Staatsministerium. Die Zuschüsse des Staates an die Kirchen sind nach Anhörung der Oberkirchenbehörden im Sinne der Bestimmungen der Personalabbauverordnung zu kürzen.

Neues vom Tage.

Beim Neujahrsempfang in Berlin.

Beim Neujahrsempfang des Reichspräsidenten hielt der Reichskanzler folgende Ansprache:

„Herr Reichspräsident! Namens der hier versammelten Minister und Staatssekretäre des Reiches habe ich die Ehre, dem Herrn Reichspräsidenten die herzlichsten Glückwünsche zum neuen Jahre zu entbieten. Dunkel liegt das Jahr 1923 hinter uns. Aber die edlen Eigenschaften des deutschen Volkes, die in der Zeit der Not besonders hell zutage treten, lassen uns die Hoffnung schöpfen, daß es uns trotz aller entgegenstehenden Hindernisse möglich sein wird, das deutsche Volk und Vaterland einer besseren Zukunft entgegenzuführen. Eine Regierung, die fest in sich vereint und entschlossen für das gemeinsame Ziel, das deutsche Vaterland zu retten, ihre Kraft und ihre Anstrengungen einsetzt, wird in **einmütigem Zusammenwirken** mit Ihnen, Herr Reichspräsident, eine Gewähr dafür bieten, **daß das Jahr 1924 ein erfolgreiches sein wird für den Wiederaufstieg unseres Volkes** und Reiches."

Der **Reichspräsident** erwiderte darauf: „Die Glückwünsche, die Sie mir zum Neujahr auszusprechen so freundlich waren, erwidere ich aufs herzlichste. Mit lebhafter Genugtuung nehme ich Ihre von großem vaterländischen Pflichtgefühl getragene Versicherung der selbstlosen und verantwortungsbewußten Arbeit im Dienste des deutschen Volkes entgegen.

Die Reichsregierung mußte zu tief einschneidenden Maßnahmen schreiten, zu Maßnahmen, die den Einzelnen schwer treffen, aber doch notwendig sind, um die Lebensmöglichkeit des Landes zu erhalten. Bei allen Anstrengungen des Reiches ist dem schlimmsten Elend nur zu steuern, wenn jeder Einzelne nach besten Kräften mithilft. Mit Befriedigung kann man feststellen, daß bei uns und im Auslande sich viele menschenfreundliche Hände regen, aber noch sind viele unter unter uns, die unberührt von der Not des Volkes abseits stehen. An sie richtet sich unser dringender Appell zur Menschenpflicht. Auch die Zukunft wird von uns allen schwere Opfer fordern, wenn wir unsere nationale Existenz erhalten und sichern wollen. Zur Erreichung dieses Zieles ist mehr denn je gerade heute der Wille des ganzen deutschen Volkes zur Zusammengehörigkeit notwendig. Nicht in dem Widerstreit der Interessen und Ideen, nicht in dem täglichen Betonen der bestehenden Gegensätze liegt der Weg zur Zukunft unseres Volkes, sondern in dem **Hervorheben des Gemeinschaftlichen** und in dem Willen zur Zusammengehörigkeit, die unser aller Schicksalsgemeinschaft ist. Daß dieses Ziel und dieser Geist der Sammlung das deutsche Volk im neuen Jahr mehr als bisher leiten möge, ist mein herzlichster Wunsch am heutigen Tage. Hiezu nach besten Kräften beizutragen, ist die aufrichtige Bitte, die ich an Sie, meine Herren, **richte.**"

Die Arbeit im Reichskabinett.

Berlin, 2. Jan. Die nächste Kabinettsberatung über die viel umstrittene dritte Steuernotverordnung wird voraussichtlich am 4. Januar stattfinden. Reichsaußenminister Dr. Stresemann bleibt bis zum 6. Januar in Lugano, es sei denn, daß der Eingang der Pariser Antwort noch in den allernächsten Tagen erfolgt und seine Wiederkehr dringend erfordern sollte.

Gegen Rechbergs Behauptung.

Berlin, 2. Jan. Nach dem „Intransigeant" soll Arnold Rechberg erklärt haben, daß er vor seiner Pariser Reise mit maßgeblichen Regierungsstellen über seine Pläne gesprochen habe. Hierzu wird der T.U. von den maßgebenden Stellen erklärt, daß Herr Rechberg, falls er mit irgend welchen amtlichen Persönlichkeiten gesprochen haben sollte, jedenfalls bei keiner maßgeblichen Regierungsstelle eine Billigung seiner Pläne gefunden hat.

Grützner gegen das Düsseldorfer Urteil.

Berlin, 2. Jan. Regierungspräsident Grützner, der durch das Düsseldorfer Urteil zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, hat an das Düsseldorfer Kriegsgericht ein Telegramm gerichtet, in dem er gegen die Verurteilung Berufung in tatsächlicher und rechtlicher Beziehung einlegt, da er als Inhaber der Landespolizei des Regierungsbezirks Düsseldorf gegen die Separatisten als deutsche Hoch- und Landesverräter lediglich nach deutschen Gesetzen eingeschritten ist.

Lohnkampf in der Berliner Metallindustrie.

Berlin, 2. Jan. Der Streik in der Berliner Metallindustrie hat sich weiter ausgebreitet. Etwa 30 bis 40 große und mittlere Betriebe der Metallindustrie sind von dem Ausstand betroffen. Auch in der Berliner Holzindustrie sind seitens des Arbeitgeberverbands die laufenden Verträge gekündigt worden.

Erleichterung des Verkehrs ins besetzte Gebiet.

Köln, 2. Jan. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat eine Verordnung herausgegeben, mit der, wie es dort heißt, in Anbetracht der gegebenen Umstände der Verkehr aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet unter geringen Einschränkungen freigegeben wird.

Vor einem neuen Separatistenputsch.

Köln, 2. Jan. Wie der „Köln. Volksztg." aus Trier gemeldet wird, ist in der dortigen Gegend wiederum ein Separatistenputsch geplant. Man erwartet dazu Besuch aus der Pfalz.

Milderung des Ausnahmezustandes.

Berlin, 2. Jan. Der Reichspräsident hat eine Verordnung erlassen, nach der hinter den § 5 der Verordnung vom 26. September 1923 die §§ 5a und 5b eingeschoben werden. Der § 5a besagt, daß gegen das Verbot regelmäßig erscheinender Druckschriften die Beschwerde beim Staatsgerichtshof zulässig ist; die Beschwerde hat jedoch keine aufschiebende Wirkung. Ferner regelt der Paragraph die Besetzung und das Verfahren vor dem Staatsgerichtshof. Der § 5b verfügt, daß bei Beschränkungen der persönlichen Freiheit das Gesetz betreffend die Verhaftung und Aufenthaltsbeschränkung auf Grund des Kriegszustandes und des Belagerungszustandes vom 4. Dezember 1916 entsprechende Anwendung findet. An die Stelle des Reichsmilitärgerichts tritt jedoch der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik. Der Artikel II der Verordnung bestimmt, daß die Verordnung mit dem Tage der Verkündung in Kraft tritt und regelt ihre Anwendung.

Berlin, 2. Jan. Wie der „Lokalanzeiger" aus parlamentarischen Kreisen erfahren hat, wird die Verordnung der Reichsregierung über die sofort in Kraft tretende Milderung des Ausnahmezustandes, die das Beschwerderecht über alle auf Grund des Ausnahmezustandes erlassenen Maßnahmen vorsieht, in links gerichteten Parteikreisen als nicht ausreichend angesehen. Vertreter der Sozialdemokratischen Partei haben deshalb mit Mitgliedern der bürgerlichen Koalitionsparteien Fühlung genommen, um festzustellen, wieweit im bürgerlichen Lager für eine volle Beseitigung des Ausnahmezustandes Stimmung vorhanden ist. Von sozialdemokratischer Seite soll bei dieser Besprechung geltend gemacht worden sein, daß auch durch die neue Verordnung die bisherigen sozialdemokratischen Bedenken gegen den Ausnahmezustand nicht hinfällig geworden seien und daß eine sofortige Einberufung des Reichstags nötig sei. Auf bürgerlicher Seite war man indessen der Meinung, daß schon aus außenpolitischen Gründen eine Aufhebung des Ausnahmezustandes gegenwärtig nicht möglich wäre. Die nichtamtliche Besprechung hatte infolgedessen kein Ergebnis. Sie ist jedoch immerhin als Vorläufer eines neuen sozialdemokratischen Vorstoßes für die Wiedereinsetzung des Reichstages in seine vollen Rechte anzusehen.

Um die Absetzung der griechischen Dynastie.

Paris, 2. Jan. Wie dem „Echo de Paris" aus Athen berichtet wird, haben 62 liberale Abgeordnete vom republikanischen Flügel der Partei unter dem Vorsitz des Papanastasiu einstimmig dessen Vorschlag angenommen, die Nationalversammlung, ohne die Ankunft Venizelos abzuwarten, heute zu eröffnen und die Dynastie Glücksburg für abgesetzt zu erklären. Die Abgeordneten beschlossen ferner, die Bildung eines Senats zu verlangen, der seit 1864 in Griechenland nicht mehr besteht.

Poincare sucht die Amerikaner zu fangen.

Paris, 2. Jan. Ministerpräsident Poincare hat der „Newyork Tribune" anläßlich des Neujahrs eine Botschaft zu gehen lassen, in der er u. a. erklärt: Ich bin erfreut, daß angesehene amerikanische Bürger sich unterwegs befinden, um an einer Studie der großen wirtschaftlichen Probleme, die gestellt sind, mitzuarbeiten. Ihre Ansicht wird uns außerordentlich kostbar sein und, wenn durch sie der Wortlaut der Verträge respektiert wird, bin ich sicher, werden sie uns für jeden vernünftigen Vorschlag empfänglich finden.

Die Konservativen an Baldwin.

London, 2. Jan. Die Konservative Partei von London hat Baldwin in einem Briefe eingeladen, gemeinsam mit den Liberalen Front gegen eine Regierung der Arbeiterpartei zu machen, was in politischen Kreisen großes Aufsehen hervorgerufen hat. Es ist wahrscheinlich, daß im Kabinettsrat vom Donnerstag darüber beraten werden wird.

Defensiv-Bündnis der Kleinen Entente mit Frankreich.

Belgrad, 2. Jan. Wie in politischen unterrichteten Kreisen versichert wird, wird sich die am 9. Januar beginnende Konferenz zwischen Rumänien, Jugoslawien und der Tschechoslowakei mit der Frage eines Defensiv-Bündnisses dieser Länder mit Frankreich beschäftigen. Jedes Mitglied der Kleinen Entente wird ein Sonderbündnis abschließen.

Das Zeugnis der Menge ist nicht das gewichtigste. Denn in jedem Bestreben, jeder Kunst, jeder Wissenschaft, ja selbst in der Tugend, ist das Beste allemal das Seltenste. Cicero.

Die Bauerngräfin.

Roman von Fr. Lehne

8. (Nachdruck verboten.)

Sie schritten weiter, dem Wagen ungefähr dreißig Schritte vorauseilend, und er merkte bald, daß sie eine geübte Fußgängerin und vielleicht sogar Bergsteigerin war. Sie bestätigte seine Vermutung; ihre größte Freude und Erholung seien die Berge. Sie erzählte ihm, daß sie im Juli in den Dolomiten gewesen sei.

„Allein??" Er konnte sich nicht enthalten, diese Frage zu stellen.

„Mit meinem Bruder und dem Führer. Für acht Tage hatten wir noch einen tapferen Weggenossen, mit dem wir große Touren gemacht hatten." Und sie erzählte weiter davon. Er hörte ihr gern zu, ihre Stimme war von großem Wohllaut, weich und dunkel, daß sie sich seinem Ohr einschmeichelte wie der Ton eines Cellos.

Ihrem Wesen haftete etwas Sicheres, Ruhiges, fast Frauenhaftes an; er wußte nicht, ob sie noch Fräulein oder trotz ihrer Jugend — er schätzte sie auf Anfang zwanzig, höchstens zweiundzwanzig Jahre — schon Frau war. Die in leichten, hellgrauen Handschuhen steckenden Hände verwehrten ihm, zu erfahren, was ihm sonst vielleicht ein Blick auf den Ringfinger verraten hätte.

Die beiden paßten gut zueinander. Er war größer als sie; seine sehnige, hohe, breitschultrige Gestalt, in dem vom Wetter schon etwas mitgenommenen Touristenanzug sowie das tiefgebräunte Gesicht mit der weißen Stirn verrieten den Militär oder vielleicht Landwirt. Gegen die letztere Annahme sprach aber ein straffer, elastischer Gang, die militärisch-stramme Haltung.

Man war am Ziel.

Sie standen vor dem wunderbaren Eibsee am Fuße der Zugspitze. Wie ein tiefblaues Auge leuchtete er ihnen entgegen, von den Sonnenstrahlen durchglüht, daß goldene Lichtfunken aufsprühen. Träge plätschernd schlugen die Wellen ans Ufer, daß die Boote sich leise schaukelnd bewegten.

Als sie den Stellwagen kommen hörten, wandten sie sich um, sich in der Veranda einen guten Platz zu sichern. Er hatte um den Vorzug gebeten, und freundlich stimmte sie zu. Er belegte einen kleinen Tisch, nur für zwei Personen berechnet, und ging dann, vom Wagen ihr Jakett und seinen Mantel zu holen und dem Kutscher ein reichliches Trinkgeld zu geben. Der Berliner, dem es große Mühe machte, aus dem Wagen zu klettern, hielt ihn noch einige Augenblicke im Gespräch fest.

Sie streifte gerade die Handschuhe von den Händen, als er wiederkam, und ein schneller Blick belehrte ihn, daß es sehr gepflegte, wenn auch luftgebräunte Damenhände waren, die nicht den geringsten Schmuck trugen. Sie bestellte sich eine Suppe und Kalbsbraten mit Salat, dazu ein Glas Zitronenwasser. Er folgte ihrem Beispiel. Belustigt lächelnd hörten sie die laute Unterhaltung der Berliner, die in ihrer Nähe saßen. Elseken mußte partout noch eine „Omlette kom for die Tür" essen, denn die ewigen Kalbs- und Rindsbraten müsse sie doch über haben. Der beleibte Herr wetterte über die geringe Auswahl der Speisekarte, was einem die gute Laune nehmen konnte, wenn man halbverhungert ankam; nichtsdestoweniger ließ er sich aber das Bier gut schmecken.

Die junge Dame hatte die gefalteten Hände unter das Kinn gestützt, und ihr Begleiter konnte ihren schöngeformten Unterarm bewundern. Er sah ihren Blick sinnend auf die Zugspitze haften.

„Sie möchten wohl noch da hinauf?" fragte er neckend.

„Am liebsten ja! Doch ich habe meinen Eltern versprochen, heute abend wieder bei ihnen in Starnberg zu sein — darum geht es nicht — leider!"

„Und was beabsichtigen Sie heut' noch zu machen, wenn es erlaubt ist, zu fragen?"

„Ich dachte, vielleicht nach dem Bader- und Rissersee, von da wieder nach Garmisch, damit ich den Achtuhrzug nicht versäume. Sonst ängstigen sich meine Eltern, wenn ich nicht Wort halte."

Er bat um die Erlaubnis, sich ihr anzuschließen, da er ungefähr den gleichen Plan habe. Sie willigte ein, ohne Ziererei und Koketterie, und er war sehr beglückt darüber. Den Kaffee wollten sie dann am Badersee trinken.

Sie bezahlten und brachen bald auf, um noch einen Spaziergang am See zu machen und einige photographische Aufnahmen. Freundlich verabschiedeten sie sich von den Berlinern, die eifrig mit Ansichtskartenschreiben beschäftigt waren, und wünschte dem kleinen Fräulein Else noch recht gute Erholung in Kohlgrub.

Trotz der beträchtlichen Wärme ermüdete das Gehen in der reinen, erquickenden Bergluft gar nicht. Es war ein wunderbares Wandern zu zweien. In herbstlich bunten Farben prangte der Laubwald, unterbrochen vom ernsten, dunklen Grün der Tannen. Wie schnell waren sie am Badersee angelangt. Der Kaffee schmeckte gut und wirkte erfrischend. Und nachher kam die übliche Kahnfahrt, um die Nixe auf dem grünen Grund des Sees zu suchen. Wie ein kostbarer Smaragd lag der kleine See da, eingeschlossen von den Bergen, die sich in seinem kristallklaren Wasser spiegelten; tief empfanden beide den Zauber und den Frieden dieses gesegneten Erdenfleckchens.

Schwer nur trennten sie sich, um weiterzuwandern, nachdem sie verschiedene Aufnahmen gemacht hatte. Auch von ihm, und er hatte stillgehalten unter der Bedingung, daß er sie für sich auch „knipsen" dürfe.

Sie waren sich auf dem Wege nähergekommen, plauderten unbefangen miteinander und fanden ihre Ansichten in vielem übereinstimmend.

Doch näheres über ihre Person erfuhr er nicht, ebenso wie auch er vermied, von sich zu sprechen.

Sie schritten jetzt durch ein Dorf. Einige Leute sahen ihnen neugierig nach. Kläffend lief ihnen ein Hund über den Weg.

„Es ist eigentlich ein entsagungsvolles Leben, das die Leute in den entlegeneren Gebirgsdörfern führen, den größten Teil des Jahres von allem Verkehr abgeschnitten und im Grunde stumpf und unempfindlich gegen die gewaltige Schönheit ihrer Umgebung," meinte er nachdenklich.

„Nehmen Sie die ihr aber — und die Leute werden krank vor Sehnsucht und Heimweh. Sie hängen doch an ihrer Scholle, und sei sie noch so klein — nichts kann ihnen Ersatz bieten."

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 3. Januar 1924.

— Vergeßt nicht die hungernden Vögel! Ein dichtes Schneekleid bedeckt Wiesen und Felder, Gärten und Wald. Das ist eine böse Zeit für das gefiederte Volk, das auch im strengen Winter bei uns bleibt. Solange die Erde schneefrei bleibt, ist die Gefahr für die Vögel nicht so groß. Sie finden mit ihren scharfen Aeuglein die kleinsten Samenkörnlein. Diese Ernährungsmöglichkeiten sind vorüber, sobald längere Zeit der Schnee die Erdoberfläche einhüllt. Sollten wir da nicht die Verpflichtung haben, ihnen in dieser Zeit der grimmigen Not beizustehen? Jeder hat daheim eine Menge Abfallstoffe von den täglichen Mahlzeiten, die meist ungenutzt in den Kehrichteimer wandern. Dann sind die Krümchen vom Brotschneiden, Kartoffelreste, Wursthäute, Käsekrusten, Speckschwarten, rohe und gekochte, Knochen, Sämereien vom Auslesen der Hülsenfrüchte, harte Brotrinden, Obstreste und anderes mehr. Alle diese wertlosen Reste sammle man in einen Topf oder in eine Schachtel, nachdem man sie zuvor zerkleinert hat. Die Knochen und die harten Brotreste zermalme man mit einigen Hammerschlägen. Jeden Tag nimmt man dann eine kleine Portion und streut sie den hungrigen Piehmätzen an einer möglichst schneefreien und windgeschützten Stelle.

— **Lohnsteuerabzug vom 1. Januar ab.** Durch die zweite Steuernotverordnung sind die Bestimmungen über den Steuerabzug vom Arbeitslohn mit Wirkung vom 1. Januar 1924 ab in wesentlichen Punkten geändert worden. Bisher waren vom gesamten Lohnbetrag 10 vom Hundert abzüglich fester Papiermarkermäßigungen nach dem Familienstand und des sogenannten Werbungskostenpauschsatzes als Steuer einzubehalten. Künftig dagegen bleibt ohne Rücksicht auf den Familienstand des Arbeitnehmers und die Höhe des Arbeitslohnes ein bestimmter Teil des Arbeitslohnes, nämlich bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate 50 Goldmark monatlich, für volle Wochen 12 Goldmark wöchentlich, für volle Arbeitstage 2 Goldmark täglich, für kürzere Zeiträume 0,50 Goldmark für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden vom Steuerabzug frei. Dieser sogenannte „steuerfreie Lohnbetrag" tritt an die Stelle der bisherigen Ermäßigung für den Arbeitnehmer selbst und für Werbungskosten. Von dem den steuerfreien Lohnbetrag übersteigenden Teil des Arbeitslohnes, also von dem Ueberschuß, sind bei jeder Lohnzahlung bei einem ledigen oder kinderlos verwitweten Arbeitnehmer 10 v. H., bei einem verheirateten Arbeitnehmer ohne Kinder 9 v. H., mit 1 Kind 8 v. H., mit 2 Kindern 7 v. H., und für jedes weitere minderjährige Kind 1 v. H. weniger einzubehalten.

— **Erzeugermilchpreis.** Auf Grund von Verhandlungen zwischen den Vertretern der landwirtschaftlichen Organisationen und dem Wehrkreiskommando bleibt der seitherige Erzeugerpreis von 17 Goldpfennigen ab Stalt bis auf weiteres bestehen.

— **Teuerungsversicherung.** Von der württ. Gebäudebrandversicherungsanstalt ist für den abgelaufenen Monat Dezember als einfache Richtzahl für die „selbsttätige Feuerversicherung" das 250milliardenfache des Friedensversicherungsanschlags festgesetzt worden.

— **Der Ernteertrag in Württemberg 1923.** Das Stat. Landesamt veröffentlicht jetzt die endgültigen Ergebnisse der Ernteertragsermittlung der Hauptfeldfrüchte in Württemberg im Jahr 1923, die von den früher schon mitgeteilten vorläufigen Ernteergebnissen nur wenig abweichen. Der Gesamtertrag in den Hauptgetreidefrüchten Weizen, Roggen und Gerste berechnet sich für 1923 bei einer Gesamtfläche von 275 432 Hektar zu 7 504 492 Zentner, gegenüber einem Ertrag von 5 503 842 Zentner und dem zehnjährigen Durchschnitt von 8 126 521 Zentner der Jahre 1913/22.

Landesversammlung der deutschen demokr. Partei. Die deutsche demokratische Partei hält am 5. Januar von vormittags 10 Uhr ab im Bürgermuseum in Stuttgart einen Landesvertretertag ab, wobei der Abg. Scheef über „württembergische Politik" und Rechtsrat Dr. Elsas über „Politik und Wirtschaft" sprechen werden. Tags darauf, am 6. Januar, findet von 10½ Uhr vormittags ab im Festsaal der Liederhalle in Stuttgart, die Landesversammlung statt, hierzu sind Reichswehrminister Dr. Geßler und Reichswirtschaftsminister Dr. Hamm als Redner gewonnen worden.

Spielberg. (Weihnachtsfeiern.) Am Neujahrsabend hielt der hiesige Radfahrerverein seine wohlgelungene Weihnachtsfeier ab. Der verdienstvolle Leiter, Herr Speidel, hatte sich viel Mühe gegeben, ein Programm aufzustellen, das seine überaus zahlreichen Zuhörer befriedigen konnte. Nebst zwei größeren Aufführungen kamen verschiedene Couplets zum Vortrag, auch der Liederkranz der hiesigen Gemeinde gab trotz seiner recht kurzen Lebensdauer einige Lieder zum Besten. Das ganze war eine Feier, auf die der Radfahrerverein in jeder Hinsicht stolz sein kann. All Heil! — Auch die Oberklasse der Schule in Spielberg erfreute die Gemeinde mit einem Weihnachts- u. Elternabend. Aufführungen, Gesänge und eine Ansprache wurden wechselseitig geboten. Das Ganze mußte wiederholt werden, um dem zahlreichen Besuch zu genügen.

* **Freudenstadt, 2. Januar.** (Wahlkreisversammlung der Deutschen demokratischen Partei.) Eine Wahlkreisversammlung der Deutschen demokratischen Partei fand am Sonntag nachmittag im „Murgtäler Hof" hier statt. Die Anwesenden wurden durch den Vorsitzenden begrüßt. Bei der Besprechung der Kandidatenfrage erhoben sich Zweifel wegen der Reduzierung der Abgeordneten. An eine Aenderung der Wahlkreise wird nicht gedacht. Es wurde sodann die Finanzfrage besprochen und zum Lesen und Abonnieren des „Beobachters" ermahnt. Den Hauptteil der Tagung bildete ein Vortrag von Generalsekretär Hopf-Stuttgart über „Politische Zeit- und Streitfragen in Land u. Reich". Bei einem Ueberblick über unser Soll und Haben sei die Verlustseite groß. Frankreich ist das Schicksal Deutschlands; es beherrscht Europa in Fortsetzung der Politik des Sonnenkönigs. Die Randstaaten Polen und Tschechoslowakei sind in der Hand Poincarés. Sein Ziel ist die Zerschlagung der Reichseinheit, der Ruhreinmarsch nur als Vollendung der Vernichtungspolitik gedacht. Der wirtschaftliche Hintergrund ist, Frankreich zum ersten Eisen- und Kohlenland zu machen. Die französische Diplomatie stellt ihre Rechnung ein auf ein „England contra Frankreich", daher will es die große Waffenschmiede in seiner Hand halten. Frankreich bedroht den Meerweg im Mittelmeer, ist militärisch stärker, das englische Volk vornehmlich wirtschaftig und kriegsgegnerisch. Der Redner kam dann auf die Währungsfrage zu sprechen. Bei Erschöpfung des Kreditis droht erneute Inflation. Die Staatsvereinfachung wird ziemlich radikal durchgeführt; 21 Oberämter sind auszuschalten; ein direkter Verkehr zwischen den Behörden ohne Instanzenweg wird angestrebt. Als erstes Opfer des Abbaues sollen die Kreisregierungen fallen.

* **Calw, 2. Jan.** (Beerdigung. — Sylvesterfeier. — Zusammenschluß.) Am 2. Weihnachtsfeiertag fand hier unter außerordentlich zahlreichem Trauergeleite die Beerdigung des Studiendirektors Dr. Knodel statt, der auf dem Wege zum Bahnhof in Tuttlingen von einer Herzlähmung betroffen wurde, die den sofortigen Tod zur Folge hatte. Es war ein imposanter Trauerzug, der sich unter Vorantritt sämtlicher Schüler der Anstalt zum Kirchhof bewegte. Dekan Zeller hielt eine ergreifende Grabrede. Nach ihm sprachen Professor Kaiser, welcher die Verdienste des Entschlafenen vom Standpunkte der Schule aus würdigte u. betonte, wie der Entschlafene vom Präceptor der Lateinschule in Altensteig in 25 Jahren sich zum Schulvorstand und Leiter einer Doppelanstalt, eines 7-klassigen Realprogymnasiums und einer 6-klassigen Realschule emporgearbeitet habe, ein Schüler der 6. Klasse, der die väterlich wohlwollende Behandlung der Schüler durch den Entschlafenen rühmte, Stadtschultheiß Göhner, der der Trauer der Stadtverwaltung Ausdruck gab, Amtsrichter Dr. Otto für die Sängerschaft „Zollern", deren treues Mitglied der Verstorbene 40 Jahre lang war. — Der Uebergang vom alten ins neue Jahr wurde hier sehr ernst und feierlich vollzogen. Die gesamten Chöre unserer Stadt trugen nach dem Geläute der Kirchenglocken unter der Leitung von Hauptlehrer Aichele zwei stimmungsvolle Choräle vor u. dann klang der Choral „Befiehl du deine Wege" über die Stadt, in dessen Weise die große Schar der Sylvester Feiernden mitinstimmte. — Am 29. Dez. traten in Unterreichenbach die Gemeinderäte von Unterreichenbach und Dennjächt zusammen, um unter dem Vorsitz von Oberamtmann Göß die vollständige Verschmelzung der beiden Gemeinden zu beschließen. Der Vereinigungsvertrag wurde einstimmig genehmigt, so daß es ab 1. April 1924 nur noch eine einfache Gemeinde Unterreichenbach und keine Gemeinde Dennjächt mehr gibt.

Stuttgart, 2. Jan. (Festnahme eines Einbrechers.) Der im Mainhardter Walde ein regelrechtes Räuberleben führende 23 Jahre alte ledige Kaufmann Otto Röger von Lachweiler, Gde. Geiselhardt, OA. Oehringen, der zuletzt in Gailsbach bei Mainhardt wohnhaft war, ist durch Beamte des Landeskriminalamtes in einer Scheune versteckt ergriffen und festgenommen worden.

Von der Hochschule. An der Technischen Hochschule befinden sich im laufenden Winterhalbjahr 2223 Studierende, darunter 47 Frauen. Hiervon sind 1447 Württemberger, 576 Angehörige anderer deutscher Länder, 114 Auslandsdeutsche, 14 Oesterreicher, 13 Schweizer und 59 sonstige Ausländer.

Der Jahreswechsel. Die Neujahrsnacht ist hier im allgemeinen sehr ruhig verlaufen. Die Schießereien und das wüste Johlen und Schreien, das früher in der Silvesternacht zu hören war, kam nur noch vereinzelt vor. Auch in den Gastwirtschaften ging es im ganzen ruhig zu. Fünf Personen mußten wegen Widerstands, Körperverletzung u. a. vorläufig festgenommen, 99 Personen wegen verbotenen Schießens usw. zur Anzeige gebracht werden.

Zuffenhausen, 2. Jan. (Brand.) In einem Lagerschuppen der Eisenmöbelfabrik Lämmle u. Co. brach am Silvesterabend Feuer aus, das den Schuppen in kurzer Zeit bis auf den Grund in Asche legte.

Uhlbach, 2. Jan. (Tödlicher Unfall.) Beim Schlittenfahren wurde dem Prokuristen Wiedemann durch Auffahren auf ein Haus der Schädel zerschmettert. Der Tod trat sofort ein.

Göppingen, 2. Jan. (Todesfall.) In der Chirurgischen Klinik in Tübingen ist Studiendirektor Dr. Junker, der Vorstand des hiesigen Realgymnasiums und der Oberrealschule, nach vorausgegangener Operation im 60. Lebensjahr gestorben.

Nürtingen, 2. Jan. (Todesfall.) Im Alter von 88 Jahren ist Prof. a. D. Frick am Lehrerseminar gestorben, ein verdienter Schulmann und pflichtgetreuer Lehrer der Seminaristen.

Rottweil a. N., 2. Jan. (Gut abgelaufen.) Ein noch gut abgelaufener Unfall stieß am Donnerstag früh den Reisenden, unter denen sich auch einige Mitglieder der Reichsregierung und politische Persönlichkeiten befanden, so u. a. Außenminister Dr. Stresemann, Frhr. v. Lettner und Regierungspräsident Noske, des von Stuttgart kommenden Berliner D-Zuges zu. Die heftigen Schneefälle erschwerten der Lokomotive den Weg sehr, und der Zug kam nur langsam vorwärts. Nach der Abfahrt von Rottweil fuhr eine Hilfsmaschine dem fahrenden Zug nach und suchte an denselben heranzukommen. Allem Anschein nach hörte der Führer der vorderen Lokomotive die Signale der Hilfsmaschine infolge des Windes nicht und so prallte die nachfahrende Maschin den Zug, und schwere Koffer und Pakete flogen durch den gewaltigen Ruck von ihren Plätzen, den Reisenden auf Köpfe und Beine. Die im Zug stehenden Passagiere wurden mit Wucht an die Wände geschleudert. Im Speisewagen waren sämtliche Fenster gesprungen und die Türen aus ihren Fugen gegangen. Zum Glück kam niemand zu Schaden.

Altenstadt (bei Geislingen), 2. Jan. (Kirchenbrand.) An der stattlichen evang. Kirche brannte infolge Kaminbesetzts in der Neujahrsnacht ein großer Teil des Dachstuhls weg. Die Kälte erschwerte die Löscharbeiten. Der Wasserschaden ist gleichfalls groß.

Amstetten, 2. Jan. (Schneeverwehungen.) Der Zugsverkehr auf den Nebenbahnlinien Amstetten—Laichingen und Amstetten—Gerstetten mußte infolge außerordentlich starker Schneeverwehungen vollständig eingestellt werden, soll dieser Tage aber wieder aufgenommen werden.

Hechingen, 2. Jan. (Kündigung.) Die Betriebsleitung der Hohenzollerischen Landesbahn hat ihren sämtlichen Beamten und Angestellten auf den 31. März ds. Js. gekündigt.

Ludwigshafen, 2. Jan. (Separatistenunfug in der Pfalz.) Vom Standgericht der Separatisten wurde der Verlagsdirektor der „Pirmasenser Zeitung", sowie der Verlag zu je 3000 Fr. Geldstrafe wegen Abdrucks einer Notiz aus Heidelberg verurteilt. Der Betrag mußte bis zum Samstag mittag 12 Uhr eingezahlt sein, andernfalls Ausweisung erfolgt. Außerdem stand der gesamte Pirmasenser Stadtrat vor dem Standgericht der Separatisten und zwar wegen Aufreizung zum Widerstand. Sämtliche Stadträte wurden zu je 100 Fr. Geldstrafe belegt. Die strafbare Handlung wurde in einem vor längerer Zeit gefaßten Stadtratsbeschluß erblickt, der die sonderbündlerische Regierung in unzweideutiger Form ablehnte.

Konstanz, 2. Jan. (Raubüberfall.) Einem frechen Raubüberfall ist vor Weihnachten die Besitzerin des kosmetischen Laboratoriums, Frau Marie Kopetzki, zum Opfer gefallen. Sie war nach mehrwöchiger Abwesenheit in ihrer österreichischen Heimat, wo sie u. a. eine großzügige Hilfsaktion für Konstanzer Kinder geleitet hatte, auf der Heimreise begriffen. Auf der Umsteigestation Innsbruck erbat sich ein Mitreisender, ihr beim Umladen des Gepäcks behilflich zu sein. Dabei riß dieser Frau Kopetzki die Handtasche vom Arm und sprang aus dem Wagen. Trotz sofortiger Verfolgung des Räubers konnte dieser entkommen. Die Handtasche enthielt neben den Ausweispapieren 3 Millionen österreichische Kronen.

Buntes Allerlei.

Deutsches Beileid zum Untergang des „Dixmude". Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Botschaftsrat von Hoesch, hat der französischen Regierung das Beileid der deutschen Regierung zu dem Verlust des lenkbaren Luftschiffes „Dixmuiden", wobei anscheinend 50 Menschen den Tod gefunden haben, ausgesprochen.

Explosionsunglück in einer Potsdamer Konditorei. Nachts ereignete sich in einer Konditorei in Potsdam eine schwere Explosion. In der Konditorei war der Dampfkessel, der sich auf dem Boden befand, eingefroren. Zwei Mädchen und die Schwiegereltern des Besitzers versuchten, den Kessel aufzutauen. Der Hitze konnte der Kessel nicht genügend Widerstand leisten, er explodierte, wodurch die vier Personen zu Boden geschleudert wurden. Die Schwiegermutter des Besitzers wurde sofort getötet, ein Mädchen tödlich verletzt, so daß sie kurze Zeit darauf starb; das andere Mädchen wurde ebenfalls schwerer verletzt, während der Schwiegervater leichtere Verletzungen davontrug.

D-Zugunglück bei Fulda. Im Bahnhof Burghain in der Nähe von Fulda stieß anscheinend wegen Ueberfahrens des Einfahrtssignals der D-Zug 282 (Holland—Münster—Frankfurt a. M.) auf einen im Ueberholungsgleis haltenden Güterzug. Der Schlußbremser des Güterzuges wurde getötet, vier Reisende des D-Zuges und ein Bremser des Güterzuges wurden leicht verletzt.

Von einer Lawine begraben. Aus Füssen wird berichtet: In der Nähe der Bläckenau ging eine riesige Lawine in dem Augenblick nieder, als am Fuße des Straußberges eine Anzahl Stuttgarter Schifahrer die Stelle passierte. Während sich etliche der Sportler unter großen Anstrengungen herausarbeiten konnten, blieb der städtische Bauführer Adolf Knecht und der Baumeisterssohn Leineweber verschüttet.

Lawinenstürze in der Schweiz. Nachdem bei Wassen die Gotthardt-Linie durch eine große Lawine verschüttet worden ist, sind jetzt auch in Goeschenen, ferner in Gurtnellen und Erstfeld große Lawinenstürze über die Gotthardtbahn niedergegangen. Da auch die elektrischen Oberleitungen zerstört sind, wird der Verkehr durch Dampflokomotiven aufrechterhalten. Die bei dem Lawinenunglück in Zuoz umgekommenen Kurgäste aus Deutschland sind eine Frau Frenkel und ein Herr Hirsch, beide aus Berlin.

Der Schmuggel mit Tabakwaren aus der Schweiz blüht zurzeit wie noch nie zuvor. Da der Franken jetzt reichlich kursiert und der Schweizer Tabak, Zigaretten und Stumpen besser und billiger sein sollen, benützt man eben diese Gelegenheit. Wer früher mit Devisen handelte, verlegt jetzt sein Geschäft auf schweizerische Tabakwaren. In den Fabriken, Wirtschaften und auf den Straßen gibt es solche heimliche „Hintenherumkäufer", die keine Handelserlaubnis besitzen. Diese Leute bilden eine schwere Schädigung des Geschäftslebens in der Tabakbranche.

Das englische Rote Kreuz lehnt Hilfe für Deutschland ab. Auf die Einladung des Internationalen Roten Kreuzes zur Teilnahme an einer Hilfsaktion für Deutschland hat das englische Rote Kreuz mit einem Telegramm geantwortet, in dem es ablehnt, sich an dieser Aktion zu beteiligen, weil die Unterstützung der englischen Arbeitslosen seine Kräfte voll in Anspruch nehme.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Handel und Verkehr.

Amtl. Ber..... Devisenkurse vom Mittwoch, 2. Jan.:
(Die Notierungen sind in Milliarden Mk. zu lesen.)

1 Dollar: Berlin 4189,500 G., 4210,500 Br.

1 Goldmark: Briefkurs Berlin 1002,5.
Mittelkurs 1000,0.

Amsterdam 1615,95 G., 1624,05 Br.
Brüssel 187,53 G., 188,47 Br.
Christiania 613,537 G., 616,463 Br.
Kopenhagen 746,13 G., 749,87 Br.
Stockholm 1113,21 G., 1118,79 Br.
Italien 184,53 G., 185,62 Br.
London 18 154 G., 18 245 Br.
Paris 216,458 G., 217,542 Br.
Schweiz 740,145 G., 743.855 Br.

Verordnung gegen Rentenmarksabotage. Zur Rentenbankverordnung ist eine neue Durchführungsbestimmung erlassen worden, die sich u. a. mit der Rentenmarksabotage befaßt. Es heißt darin: Wer öffentlich vor einer Menschenmenge oder durch Verbreitung von Schriften oder anderen Darstellungen dazu auffordert oder anreizt, die Annahme der Rentenmark zu verweigern, oder die Durchführung der Vorschriften über die Rentenmark zu hindern, wird, sofern nicht eine schwerere Strafe verwirkt ist, mit Gefängnis bis zu 6 Monaten und mit Geldstrafe bestraft.

Stuttgarter Börse, 2. Jan. Die erste Börse des Jahres zeigte lustloses Geschäft und matte Haltung. Dennoch gab es verschiedene Effekten, die ihre Kurse verbessern konnten. Bankaktien: Hypothekenbank 2,5 (3 Billionen Prozent), Notenbank 80 (unverändert), Vereinsbank 4,6 (unv.), Brauereien: Wulle 8 (7,5), Württ.-Hohenzollern 9,25 (9), die übrigen unv., Spinnereien: Kolb und Schüle 22 (23), Kammgarn Bietigheim 50 (40), Unterhausen 50 (25), Erlangen 20 (17), Eßlingen 47 (42), Maschinen- und Metallwerte: Daimler 4,9 (4,1), Hesser 6,75 (6), Eßlinger Maschinen 11 (10,75), Magirus 4,5 (unv.), Neckarsulmer 7,9 (7,5), Hansa Metall 3,5 (3,7), Hohner 50 (unv.), Koch 23 (unv.), Nährmittel: Leibbrand 2,9 (2,2), Krumm 5 (5,2), Kaiser Otto 5,75 (6), Zucker 11,25 (10,5). — Im Freiverkehr gab es zahlreiche Geldkurse, die auf ein Anziehen der Kurse schließen lassen. Die Kurse waren im allgemeinen unverändert, eher etwas steigend.

Amtl. Berliner Produktennotierungen vom 2. Jan.: (In Goldanleihe oder Rentenmark.): Weizen, märk. 167—169, fester; Roggen, märk. 147—150, westpreuß. 143—145; Sommergerste, märk. 165—170, behauptet; Haber, märk. 132—136, fester, westpreuß. 122—124; Mais, ab Hamburg 170—172, fest; Weizenmehl 25,75 bis 29, fest; Roggenmehl 24,5—26,75, fest; Weizenkleie 8,25, fest; Roggenkleie 8, fest; Raps 280—285, fest; Viktoriaerbsen 40—42; kl. Speiseerbsen 25—28; Peluschken 14—15; Ackerbohnen 12—14; Wicken 15 bis 16; blaue Lupinen 14—16, gelbe 15—17.

Mannheimer Produktenbörse, 31. Dez. Die Börse verkehrte in ruhiger und auf höhere amerikanische Forderungen hin fester Haltung. Man nannte für die 100 Kilo bahnfrei Mannheim in Goldmark: Weizen ausl. 19,5—21,5, inl. 19,5—20, Roggen 17—17,5, Haber 15—16, Futterartikel unverändert.

Landesproduktenbörse Stuttgart, 31. Dez. Der starke Frost bewirkt eine etwas festere Stimmung, ohne daß aber größere Umsätze stattfinden; auch die Preise sind nicht wesentlich verändert. Es notieren 100 Kilo gesunde, trockene Ware ab württ. Stationen: Weizen 19,5 bis 20,5 (alles in G.M.), Sommergerste 15—16,5, Roggen 16—17, Haber 13—14, Weizenmehl Nr. 0 mit Zusatz von Auslandsgetreide 31—32,5, Brotmehl mit Zusatz von Auslandsgetreide 28—29,5, Kleie 7—7,5, Wiesenheu 6—7, Kleeheu 8,5—9,5, Stroh (drahtgepr.) 4,5—6.

Karlsruhe, 31. Dez. Dem Viehmarkt waren 43 Ochsen, 33 Bullen, 6 Kühe, 67 Färsen, 40 Kälber und 158 Schweine zugeführt. Preis pro Zentner Lebendgewicht: Ochsen 37—50, Bullen 30—46, Kühe und Färsen 20—50, Kälber 50—54, Schweine 90—95, Sauen 86—90 G.M. Verlauf: langsam, Markt nicht geräumt.

Mannheim, 31. Dez. Zugeführt wurden und pro Zentner Lebendgewicht gehandelt: 198 Ochsen 22—24 G.M., 74 Bullen 28—40, 582 Kühe und Rinder 18 bis 45, 260 Kälber 48—64, 43 Schafe 24—32, 1046 Schweine 76—88. Haltung: mit Großvieh und Schweinen ruhig, Ueberstand; Kälbern mittelmäßig, geräumt.

Letzte Nachrichten.

Der „Bund Oberland" aufgelöst.

WTB. Berlin, 3. Januar. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung" aus Breslau ist der „Bund Oberland" vom schlesischen Militärbefehlshaber verboten und aufgelöst worden. Das gesamte Vermögen des Bundes wurde beschlagnahmt.

Betriebsaufnahme.

WTB. Karlsruhe, 2. Januar. Am Donnerstag, den 3. Januar, setzt der Personenverkehr **zwischen Mannheim und Ludwigshafen, Rheinheim und Germersheim,** sowie **zwischen Maxau und Maximiliansau** in beschränktem Umfange wieder ein. Zugleich mit dem Personenverkehr wird auch der Wagenladungs-, nicht der Fracht- und Eilstückgutverkehr auf den vorstehend genannten Strecken wieder aufgenommen. Der Verkehr von Laßheim nach Speyer kann erst nach Instandsetzung der Schiffsbrücke aufgenommen werden.

Eisenbahnunglücksfälle.

WTB. Mainz, 2. Januar. Heute Nacht ist der von Wiesbaden kommende Schnellzug vor dem Stellwerk IV in einen von Bingen kommenden Personenzug hineingefahren. Es werden etwa 20 Verletzte gemeldet. Das Unglück soll auf ein Nichtfunktionieren der Signalapparate, verursacht durch die Schneefälle und den Frost, zurückzuführen sein.

WTB. Breslau, 2. Jan. Heute Abend fuhr auf dem Bahnhof Trebnitz ein Schneezug, bestehend aus einer Lokomotive und einem Schneepflug, auf einen festgefahrenen Personenzug auf. Der Packwagen und ein Personenwagen entgleisten. Ein Bahnunterhaltungsarbeiter wurde getötet. Zwei Zugbeamte wurden schwer und zwei Reisende leicht verletzt. Der Sachschaden ist erheblich. Der Unfall ist dadurch herbeigeführt worden, daß der Lokomotivführer des Schneezuges bei dem unsichtigen Wetter den vorgeschriebenen Halteort überfuhr.

Die Regierungsvorlage über das neue bayr. Landtagswahlgesetz.

WTB. München, 3. Jan. Die dem bayrischen Landtag zugegangene Regierungsvorlage über die Aenderung des Landtagwahlgesetzes sieht dem Vernehmen nach eine Verminderung der Zahl der Abgeordneten auf 114 vor.

Der neue bayrische Wahlgesetzentwurf bringt eine weitere Neuerung. Statt der bisherigen 8 Wahlkreise sollen nur noch 4 Wahlkreise bestehen, nämlich Oberbayern-Schwaben Niederbayern-Oberpfalz, Pfalz und Franken. Die für Koburg bisher geltende Sonderstellung mit 2 Abgeordneten wurde in den neuen Entwurf fallen gelassen. Koburg soll nur noch einen Abgeordneten bekommen. Die neue Wahlkreiseinteilung entspricht der Reichstagswahlkreiseinteilung.

Die Schneefälle im bayr. Gebirge.

WTB. München, 3. Jan. Die letzten Schneefälle hatten im Gebirge zahlreiche Unfälle bei Bergsteigern und Skifahrern im Gefolge, die teilweise tödlich verlaufen sind. Die Schneefälle haben seit zwei Tagen aufgehört. Die Temperatur ist gesunken.

Admiral z. D. von Valois †.

WTB. Königsberg, 3. Jan. Admiral z. D. Victor von Valois ist im 83. Lebensjahr gestorben. Der Verstorbene war der älteste Admiral der deutschen Flotte.

Einigungsversuche zwischen der konservativen und liberalen Partei Englands.

WTB. London, 3. Jan. Die Aktion der Leitung der konservativen Vereinigung der Londoner City für eine Zusammenarbeit der konservativen mit der liberalen Partei gegen die Arbeiterpartei wird, dem Reuter'schen Büro zufolge, fortgesetzt. Der Ausschuß der Vereinigung veröffentlicht eine Mitteilung, in der erklärt wird, daß die Bildung einer Arbeiterregierung dem Volkswillen widersprechen würde. Es würde sich als schädlich erweisen, wenn die konservative Regierung in den heutigen schwierigen Zeiten ihre Arbeit Unerfahrenen überlassen müßte. Die Mitteilung tritt für eine konservative Regierung ein, die von den liberalen unterstützt würde, oder umgekehrt für eine von den konservativen unterstützte liberale Regierung.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Sauk.

Allg. Orts- (Bezirks-) Krankenkasse Nagold.

Ab 31. 12. 23 wurde der Beitragsfuß von 9 auf 7,5 % ermäßigt.

Es gilt daher folgendes:

Stufe	Bei einem Verdienst pro Arbeitstag bis zu Pfg.	Grundlohn Pfg.	Tagesbeitrag a) für Pflichtige Pfg.	Wochenbeitrag a) für Pflichtige Pfg.	Tagesbeitrag b) für Freiwillige Pfg.	Wochenbeitrag b) für Freiwillige Pfg.
1	87	60	6	36	4	28
2	122	90	9	57	7	50
3	175	120	11	78	9	63
4	245	180	15	111	14	100
5	315	240	21	153	18	126
6	367	300	27	189	23	160
7	402	330	30	210	25	175
8	455	360	33	225	27	190
9	bei mehr	420	39	267	32	225

Das Krankengeld beträgt die Hälfte, das Sterbegeld das 20fache des Grundlohns.

Für Pflichtmitglieder müssen bekanntlich neben den Krankenversi.-Beiträgen auch Beiträge zur Erwerbslosenversicherung bezahlt werden. Der Geschäftsvereinfachung wegen wurden beide Beiträge in einer Summe berechnet. Sie enthält 7,5 % des Grundlohns für Krankenversicherung und 1,5 % für Erwerbslosenversicherung. Der Anteil des Versicherten an beiden Beiträgen beträgt 2/3 der oben aufgeführten Beiträge für Pflichtige.

Diese Tabelle gilt nicht für diejenigen Arbeitgeber bezw. Versicherten, deren Beiträge nach dem wirklichen Arbeitsverdienst berechnet werden.

Nagold, den 31. Dezember 1923.

Vors. des Vorstands: (gez.) Ilg. **Verwalter:** (gez.) Lenz.

Eine schöne junge

Kuh
mit oder ohne Kalb verkauft, wer? — sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Einen noch gut erhaltenen
Fuhrschlitten
verkauft Karl Fezer
Pfalzgrafenweiler.

Spielberg.
Ein 1 Jahr altes

Rind
zur Zucht geeignet, verkauft
Karl Morhardt.

Ein **Fahrrad**
verkauft oder vertauscht gegen Lebensmittel
Gg. Bühler, Neuweiler.

Forstamt Altensteig.
Nadelstammholz-Verkauf.
Am Freitag, den 11. Januar 1924, vorm. 10 Uhr, im „Grünen Baum" in Altensteig aus Staatswald I. Buhler Abt. 4 Geiger, 9 Schützenteich, 10 Farnhau, 20 Hasenwies, 32 Kalkösele, 33 Warter Holz, II. Neubann Abt. 1 Mittl. Eich, 3 Mahdwies, 5 Dreitannen, V Hasenwald Abt. 2 Hint. Lorenzenwald, 4 Hirschgraben, 5 Pfoffenhalde, VI. 3 Ob. Geiselsteig, VII. Schornhardt Abt. 5 Hohbrunnen, 6 Hildenbrunnen, 18 Kienerwiese, 20 Zinsmühle, VIII. Verlorenholz Abt. 8 Käferswäldle, XI. Glashardt Abt. 3 Höchsten, 5 Reute, 8 Müllersloch
486 Fo., 14 Wry. Fo mit Fm Langh. 17 I., 48 II., 45 III., 51 IV., 70 V., 9 VI. Kl. Sägh. 2 II/III Kl., 838 Fi, 681 Ta mit Fm Langh. 19 I., 66 II., 116 III., 117 IV, 173 V., 77 VI. Kl. Sägh. 5 I., 3 II., 3 III. Kl. Losverzeichnisse durch die Forstdirektion G. f. H. in Stuttgart.

Ein schönes, 3/4jähriges
Zuchtrind

sowie ein Paar

Läuferschweine
verkauft
Klink, Martinsmoos.

Verloren
ging
1 Joppe nebst Brieftasche mit Inhalt
innerhalb Altensteigs.
Abzugeben gegen Belohnung in der Geschäftsstelle ds. Blattes.

Lengenloch.
Einen 3jährigen
Fuhrschlitten
sowie einen großen, runden
Werkstattofen
hat zu verkaufen
Adam Theurer.

Graue Haare
u. Bart erh. gar. Naturf. u. Jugendglanz wieder d. meine f. 15 Jah. bewährte Haarverjüngungswäsch 2 Fl. M. 6.- fr. Elsner, Stuttgart, Schloßstr. 57b

Heselbronn.
Ein schönes 14 Monate altes

Zuchtrind
hat zu verkaufen
M. Schneider.

Altensteig.
Gesangbücher
empfiehlt die
W. Rieker'sche Buchh.

In der am 30. Dezember im „Waldhorn" in Altensteig stattgefundenen, sehr gut besuchten Versammlung von Vertretern der Gemeinden der Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt wurde einstimmig

die Gründung einer landwirtschaftlichen Bezugs- und Absatz-Genossenschaft

beschlossen. Dieselbe erhielt den Namen:

„Bezugs- und Absatz-Genossenschaft der Gemeinden der Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw, Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht."

Die nötigen Wahlen wurden sofort vorgenommen und eine große Anzahl Anteilscheine sofort gezeichnet, aber noch mehr sollten folgen. Die Vertreter der Ortsgruppen des Bauernbundes, der landw. Orts- und Darlehenskassenvereine werden daher gebeten, dafür zu werben, daß **bis 10. ds. Mts. alle Anteilscheine bei der Geschäftsstelle des Bauernbundes in Nagold angemeldet** sind, um so bald als möglich mit den Arbeiten beginnen zu können.

Der Preis für einen Anteilschein beträgt 25 Mk., kann aber auch mit Stammholz oder sonst. Naturalien gezeichnet werden und ist in 3 Raten auf 20. Jan., 1. Febr. und 20. Febr. zu bezahlen. Vereine können mit mindestens 15 % Aktien, gemessen an der Zahl ihrer selbständigen Mitglieder geschlossen beitreten.

Gute Bedienung.
Altensteig.
Für Wirte u. Wiederverkäufer
empfehle ich mein gutsortiertes Lager in
Tabakwaren
W. Frey, Engrosgeschäft.
Billige Preise.

Zur Verbilligung des Portos
empfehlen wir der Geschäftswelt die
Herstellung von Postkarten
als solche und als **Rechnungen.**
Höchstzulässige Größe 15,7:10,7 cm sowohl für Hand- wie Schreibmaschinen-Schrift.
W. Rieker'sche Buchdruckerei Altensteig
Telefon Nr. 11.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw